mobile beratung gegen
rechtsextremismus berlin

WI[E]DER SPRECHEN

ÜBER DIE AUSEINANDERSETZUNG MIT DER ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND UND DIE NOTWENDIGKEIT, ÜBER DEMOKRATIE ZU SPRECHEN

vdk
verein für demokratische kultur in berlin –
initiative für urbane demokratieentwicklung e.v.

WAS IST PASSIERT?

Es scheint, als habe sich mit der Alternative für Deutschland (AfD) eine Lücke geschlossen. Während es in den meisten Staaten Europas mittlerweile starke rechte Parteien jenseits des konservativen Spektrums gibt, konnte sich in Deutschland keine solche Partei dauerhaft etablieren. Auf der einen Seite dieser Leerstelle befand sich die offen völkische, rechtsextreme NPD nebst verschiedenen anderen rechtsextremen Kleinparteien, auf der anderen Seite bemühten sich etablierte Parteien darum, auch Wähler_innen mit rechten und rechtsextremen Einstellungen zu binden. Dass dieses Potential nicht klein und in sämtlichen sozialen Schichten und Regionen beheimatet ist, gehört zu den viel zitierten Erkenntnissen der Einstellungsforschung. Die Aufmerksamkeit sollte also nicht allein den Dynamiken und Kräfteverhältnissen innerhalb der AfD gelten sondern ebenso den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, die sich unter anderem in einem wachsenden Spektrum ausdrücken, das für eine rechte Partei mobilisierbar ist.

Seit 2013 beansprucht die AfD nun die Vertretung dieses Spektrums und konnte trotz offen ausgetragener Flügelkämpfe bislang beachtliche Erfolge erzielen. Verpasste die Partei 2013 noch um Haaresbreite den Einzug in den Bundestag, gelang es ihr nur ein halbes Jahr später, immerhin sieben Delegierte in das Europäische Parlament nach Brüssel zu entsenden. 2014 konnte die AfD zudem in die Landesparlamente von Sachsen, Brandenburg und Thüringen einziehen. 2015 folgten die Bürgerschaften in Hamburg und Bremen, zudem ist die Partei in den kommunalen Gremien vieler Bundesländer vertreten.
Dass die AfD sich derart schnell parlamentarisch etablieren konnte, ist einer der Gründe für die große Unsicherheit im Umgang mit ihr aufseiten der übrigen Parteien und der verschiedenen politischen Akteure. Dazu kam die Uneinheitlichkeit in Strategie und Darstellung der Partei. So unterscheiden sich die Landesverbände zum Teil gravierend in Programmatik und Auftreten. Im Unterschied zur Europa-Wahl 2014 setzte die Partei beispielsweise bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen viel stärker auf die Mobilisierung rassistischer Ressentiments durch Parolen gegen Zuwanderung.

Da die AfD in all diesen Parlamenten zum ersten Mal vertreten ist und nicht alle ihrer Mandatsträger_innen über parlamentarische Erfahrung verfügen, entwickeln sich auch die einzelnen Fraktionen höchst dynamisch – auch dies trägt zur Verunsicherung vor allem der Parteipolitiker_innen bei. Ein weiterer Grund für die Unsicherheit im Umgang mit der AfD ist die bereits erwähnte Heterogenität. Wie es bei einer Parteineugründung zu erwarten ist, kommen zunächst unterschiedliche, noch nicht aufeinander abgestimmte Positionen und Strömungen zusammen und bilden innerhalb der neuen Partei – oft miteinander streitende – Fraktionen. Der im Juli 2015 gewählte neue Vorstand unter der Führung Frauke Petrys stellte zwar manche Konkurrenzen still, von einem Ende strategischer Kontroversen um die Ausrichtung der Partei kann jedoch keine Rede sein.
Auch in der wissenschaftlichen Bearbeitung wird deutlich: Eine in sich widersprüchliche und hochdynamische Partei lässt sich nicht in statischen Begriffen beschreiben. Der Sozialwissenschaftler Alexander Häusler beispielsweise beurteilt die AfD als »eine Partei mit sowohl neoliberalen wie auch national-konservativen Einflüssen […], die auf der politischen Skala rechts von der Union stehend mit Tendenzen zu einer rechtspopulistischen Ausrichtung gedeutet werden kann«.[1]
Siri, Berbuir und Lewandowsky sehen in dieser Uneindeutigkeit eine Bedingung dafür, sich in Deutschland überhaupt als Partei rechts der Union positionieren und etablieren zu können, und verstehen die Partei »als funktionales Äquivalent einer rechtspopulistischen Partei in einem Land […], in dem rechtspopulistische Politik weitgehend stigmatisiert ist«.[2]
Friedrich wiederum stellt über die Klientel der Partei fest, sie sei »geprägt von Entsolidarisierung, Rassismus und Wohlstandschauvinismus, von Ungleichheits- und Wettbewerbsideologien«[3], die in Zeiten zunehmender sozialer Verunsicherung wirkmächtig werden.
Für Parteien, aber auch für die außerparlamentarische Zivilgesellschaft, gibt es noch einen weiteren Grund für ihre Unsicherheit: Anders als im Fall der NPD fehlt es an treffenden Argumenten und geeigneten Formen in der theoretischen und praktischen Auseinandersetzung mit einer nicht-völkischen Rechten. Viel zu oft ersetzt der Nachweis personeller Verbindungen in die rechtsextreme Szene begründete Positionen. Ein solcher Nachweis mag zwar mitunter effektiv sein, er kann aber keine politische Auseinandersetzung ersetzen, und er kann vor allem nicht Menschen von demokratischen,

antirassistischen Positionen überzeugen und neue Mitstreiter_innen gewinnen. Es mangelt also an einer inhaltlichen Auseinandersetzung und an nachvollziehbar argumentierten Gegenpositionen.
Der Verein für demokratische Kultur in Berlin e.V. lud im Oktober 2014 und im März 2015 Expert_innen der Mobilen Beratungsteams sowie aus Wissenschaft und Politik zu bundesweiten Fachgesprächen ein. Gegenstand dieser Gespräche waren der Austausch über die Einschätzung der AfD und die gemeinsame Arbeit an der Entwicklung von Handlungsempfehlungen. Wichtige Teile dieser Handreichung gehen auf diese kollegialen Diskussionen zurück.

WIE KONNTE DAS GESCHEHEN?

Für die Erfolge der Alternative für Deutschland gibt es mehrere Gründe.
So unterscheidet sich der personelle Auftritt der AfD beispielsweise deutlich von dem anderer rechtspopulistischer Parteien wie Pro Deutschland oder der Republikaner. Kaum eine der Hauptfiguren hat eine relevante rechtsextreme Vergangenheit, die sie öffentlich diskreditieren könnte.
Auffällig ist, dass ein nicht geringer Teil der AfD-Mitglieder und Funktionär_innen über langjährige parteipolitische und mitunter parlamentarische Erfahrungen verfügt. Der ehemalige Parteichef Bernd Lucke z.B. war 33 Jahre CDU-Mitglied, Alexander Gauland sogar 40 Jahre. Der sächsische AfD-Politiker Michael Muster war 18 Jahre als Ministerialdirigent in verschiedenen sächsischen Ministerien tätig.
Diese personellen Kontinuitäten sind nicht verwunderlich, da die AfD unter anderem jenes politische Spektrum artikulieren will, das den Verlust eines konservativen Profils der CDU beklagt.
Darüber hinaus sind solche Kontakte ein wichtiges politisches Kapital für die Bildung neuer Netzwerke. Aber auch jenseits des parteipolitischen Raums verfügen viele AfD-Politiker_innen über sehr einflussreiche Verbindungen in Politik, Medien und Wirtschaft: Die Netzwerkerin Beatrix v. Storch, die wie Roland Vaubel oder die beiden ehemaligen Parteimitglieder Hans-Olaf Henkel und Joachim Starbatty Mitglied der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft ist, oder der ehemalige Herausgeber der Märkischen Allgemeinen Zeitung, Alexander Gauland, sind nur einige prominente Beispiele.Der Soziologe Andreas Kemper weist beispielsweise darauf hin, dass »die Kontakte und Erfahrungen des Dauer-Talk-Show-Gastes Hans-Olaf Henkel«[4] für die Popularität der Partei bedeutend waren.
Zum anderen belegen Untersuchungen wie die sogenannten Mitte-Studien der Universität Leipzig oder die »Deutsche Zustände«-Reihe der Universität Bielefeld seit Jahren hohe Zustimmungswerte zu rechtspopulistischen, rassistischen, nationalistischen oder sozialchauvinistischen Aussagen.
So wünschten sich 2014 fast 30 Prozent der Befragten »endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl«. Annähernd ebenso viele sahen die Bundesrepublik »durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet«. Über 20 Prozent wiederum fanden: »Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.«[5]
Das Potential für eine Rechtspartei zwischen NPD und CDU ist also schon lange vorhanden. Der Bielefelder Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer wies zudem 2010 anlässlich der Vorstellung des neunten Bandes der Reihe »Deutsche Zustände« auf die Tendenz einer »zunehmend rohen Bürgerlichkeit« hin. Insbesondere in höheren Einkommensgruppen seien die Zustimmungswerte bedenklich gestiegen. Nach Angaben des Berliner Forsa-Instituts ist es in der Tat diese Klientel, die den Großteil der AfD-Anhänger_innen ausmacht: 79 Prozent entstammen der Ober- und Mittelschicht, 55 Prozent haben Abitur und/oder einen akademischen Abschluss, und 44 Prozent verfügen über ein Haushaltsnettoeinkommen von 3.000 Euro im Monat oder mehr.[6]
Der regelmäßige Hinweis von Heitmeyer und seinen Mitarbeiter_innen sowie von den Verfassern der sogenannten Mitte-Studien auf die Bedeutung der ökonomischen Krise für die Zunahme rechter Einstellungen darf nicht falsch verstanden werden: rassistisch und sozialchauvinistisch aufgeladene Ab- und Ausgrenzungen werden nicht aufgrund eigener Betroffenheit von sozialem Abstieg unterstützt, sondern eher aufgrund von – begründeter oder unbegründeter – Angst davor.
Die AfD verkörpert also Einstellungsmuster, die in der gesamten Gesellschaft – und damit auch unter den Wähler_innen der demokratischen Parteien – weit verbreitet sind. Eine Kritik, die lediglich auf Verbindungen oder Ähnlichkeiten zur rechtsextremen Szene abzielt, verfehlt daher das eigentliche Problem.

WIDERSPRECHEN – ABER WIE?

Auffällig ist, dass die EU- und Euro-Kritik nicht mehr im Zentrum der AfD-Programmatik steht, obwohl die Partei in ihrer Anfangszeit dadurch die meiste Aufmerksamkeit erhielt. Die Wahlkämpfe der AfD und die parlamentarischen Erfahrungen mit ihr haben zudem gezeigt, dass politische Inhalte und Positionen der AfD regional unterschiedlich sind. Grundsätzlich lässt sich aber feststellen, dass die AfD für eine rechte Transformation der Gesellschaft steht, für die Auflösung der Wirtschafts- und Sozialeinheit in der EU, für eine neoliberale Asyl- und Einwanderungspolitik, dass ihre Kulturpolitik sich gegen die Errungenschaften der Frauenbewegung und der sogenannten 68er wendet, dass sie nicht-heteronormativen Lebensmodellen feindlich gegenüber steht und dass sie einen Rassismus vertritt, der ökonomische Ein- und Ausschlussmechanismen kulturalisiert. Strategisch zielen alle diese Themen auf die Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach rechts. Insbesondere hinter der Forderung nach mehr direkter Demokratie verbergen sich antidemokratische Vorstellungen. So sollen etwa die Direktwahl des/der Kanzler/in oder Volksentscheide Parlamente genau dort schwächen, wo diese demokratische Grundrechte von Minderheiten oder von sozial und politisch Schwächeren gegen Mehrheiten verteidigen. Der »Verzicht auf ein Parlament und Erlass der Gesetze durch die Regierung«[7], wie ihn der ehemalige stellvertretende Vorsitzende der nordrhein-westfälischen AfD Hermann Behrendt propagiert, soll beispielsweise Regierungshandeln gegen »Arbeitsscheue, Subventionsbetrüger« oder die »Migration der Falschen«[8] erleichtern. Der ehemalige Bundessprecher Konrad Adam wiederum sprach sich in der Zeitung DIE WELT gegen das allgemeine Wahlrecht aus: »Das Übergewicht der Passiven lähmt auf die Dauer auch die Aktiven und zerstört den Willen zur Zukunft.«[9] Auch Roland Vaubel, Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der AfD, hält ein Gesellschaftsmodell, in dem sozial Schwache weniger demokratische Repräsentation erhalten und »die Leistungseliten vor der Tyrannei der Mehrheit geschützt werden«, für »eleganter«[11].

- **Entscheidend für die Auseinandersetzung mit der AfD ist es, ihren problematischen Kern zu treffen: Es geht darum zu erklären, was genau an den Inhalten der AfD problematisch ist und warum die eigenen Positionen dem widersprechen.**

- **Hinter der Kritik der AfD an Bürokratie, »Parteienherrschaft« und undemokratischen Entscheidungsstrukturen stehen Vorstellungen, die noch undemokratischer sind. Die Idee der »mandativen Demokratie« etwa bedeutet kein Mehr, sondern ein Weniger an Demokratie; der Schutz vor einer »Tyrannei der Mehrheit« bedeutet die Schwächung demokratischer Mitbestimmung usw.**

- **Inhaltliche Differenzen gilt es an konkreten Themen und Ereignissen auszuweisen – auch dort, wo es vorgeblich nur um »Sachfragen« geht.**

- **So notwendig demokratische Reaktionen auf die AfD sind, so wichtig ist proaktives Handeln: Demonstrationen, Kunstprojekte, Feste oder Resolutionen können Formate für die selbstgewählte inhaltliche Auseinandersetzung mit der AfD sein.**

- **Skandalisierungen einzelner Äußerungen, die offen rassistisch oder rechtsextrem sind, sollten auf die Programmatik der AfD bezogen werden, um deutlich zu machen, dass es sich nicht um Ausrutscher oder Ausnahmen handelt, sondern dass solche Äußerungen dem grundlegenden Ansatz der Partei entsprechen.**

- **Überall da, wo die AfD Positionen vertritt oder zuspitzt, die sich auch in der »gesellschaftlichen Mitte« finden, sollte genau dieser Zusammenhang deutlich gemacht werden.**

WIDERSPRÜCHE NUTZEN

Die inhaltlichen Widersprüche innerhalb der AfD sind Erfolgsbedingung und Schwachstelle zugleich. Erfolgsbedingung sind sie, weil sie breite Bevölkerungsschichten sowohl als Mitglieder und Wähler_innen als auch als Funktionär_innen ansprechen und an die Partei binden; insofern passt es durchaus ins strategische Kalkül der Partei, wenn sich einerseits AfD-Mitglieder zu ihrer Homosexualität und zur Partei bekennen und die AfD andererseits fundamentalistische hetero-normative Familienentwürfe vertritt.

Zur Schwachstelle werden die Widersprüche, wenn die Stabilität ganzer Landesverbände durch empörte Austritte und öffentliche Anwürfe gefährdet wird. Ein Beispiel dafür sind die Auseinandersetzungen um die »Erfurter Erklärung« des Thüringer Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke und des AfD-Sprechers von Sachsen-Anhalt André Poggenburg. In Reaktion auf die Erklärung legten zwei Mitglieder des Thüringer AfD-Vorstands ihr Amt nieder, da sie die offensiv gegen den damaligen Vorsitzenden Bernd Lucke gerichtete Erklärung nicht mittragen wollten. Ein weiteres prominentes Beispiel für Flügelkämpfe ist der von Hans-Olaf Henkel und Bernd Lucke gegründete Verein »Weckruf 2015«. Im Vorfeld des Parteitages 2015 sollte dieser Verein, in den möglichst viele AfD-Mitglieder eintreten sollten, die Drohkulisse einer Parteispaltung bilden.

Doch auch die neue Parteiführung unter Frauke Petry steht vor der Herausforderung, den Spagat zwischen einem radikalisierten rechten Protestmilieu, das sich mittlerweile in der AfD und ihrem Umfeld gesammelt hat, und den breiten Wähler_innenschichten, denen an der Anschlussfähigkeit der AfD zum gesellschaftlichen Mainstream und den etablierten Parteien gelegen ist, zu meistern.

Ebenfalls Teil der Auseinandersetzungen der verschiedenen Fraktionen innerhalb der Partei ist das ambivalente Verhältnis zu Pegida. In Dresden lud die AfD Sachsen Vertreter_innen von Pegida zu einem Strategietreffen ein. Sie bekundeten die gegenseitige Wertschätzung, betonten jedoch gleichermaßen die Distanz. Dies ist vermutlich eher taktisch als inhaltlich motiviert: Für beide Akteure ist die mittelfristige Zukunft ungewiss. Aufgrund dieser Ungewissheit wäre es kurzsichtig, das politische Schicksal aneinander zu binden. Von der taktischen Distanz unberührt bleibt die politische und persönliche Nähe von AfD und Pegida: Mindestens ein Mitglied der Dresdner Pegida-Führungsriege ist gleichzeitig AfD-Mitglied; die Thüringische AfD geht zwar zu Sügida auf Distanz, spricht sich aber für eine Unterstützung von Pegida aus; der Essener AfD-Sprecher Stefan Keuter trat bei Pegida Duisburg als Redner auf. Auch in Berlin gibt es solche Verbindungen. So ist der Bärgida-Pressesprecher nach Recherchen des antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrums (apabiz) ebenfalls AfD-Funktionär. Der Landesvorstand drängte allerdings darauf, im Rahmen von Bärgida nicht mehr erkennbar als AfD aufzutreten.

O Für Handlungsstrategien ist ein Verständnis der inneren Widersprüche und ihrer Dynamik wichtig, um die AfD in die Lage zu bringen, zu bestimmten Positionen und/oder politischen Vertreter_innen inhaltlich klar Stellung beziehen zu müssen. Eine solche Aufmerksamkeit und der Druck, den diese erzeugt, kann Funktionieren und Stabilität der Partei empfindlich beeinflussen.

O Insbesondere in der (Bundes-)Öffentlichkeit pflegt die AfD das Bild des unideologischen Sachverstandes. In dieses Bild passen die rechtskonservativen bis rechtsextremen Positionen nicht, die sich ebenfalls in der AfD sammeln. Der Hinweis auf diese Positionen sollte jedoch nicht dazu dienen, den weniger skandalösen Positionen zu mehr Akzeptanz zu verhelfen. Vielmehr sollte es darum gehen, die AfD als rechte Sammlungsformation darzustellen, für deren Erfolg ein »gemäßigtes« Auftreten wesentlich ist.

REGIONALE UNTERSCHIEDE BERÜCKSICHTIGEN

Vergleicht man die Wahlkämpfe in den Bundesländern, so fallen wichtige thematische und strategische Unterschiede auf: In Sachsen konnte die AfD beispielsweise eine starke evangelikale Rechte ansprechen, die es in anderen Bundesländern so nicht gibt. In Hamburg bemühte sich die Partei stärker um ein bürgerliches Auftreten; dort ist offener Rechtspopulismus noch immer stark verbunden mit den Erfahrungen mit der Schill-Partei und dem Image-Schaden, der Hamburg durch ihre Regierungsbeteiligung widerfuhr. Solche regionalen Unterschiede sind auch für die Entwicklung von Handlungsstrategien wichtig.

Auch das Auftreten des parlamentarischen Personals ist regional sehr unterschiedlich. Während die Sächsische Fraktion zwar parlamentarisch unbeholfen aber betont höflich auftritt, fallen die Thüringer Abgeordneten Björn Höcke und Stephan Brandner nicht selten durch Pöbeleien auf.

Schließlich unterscheiden sich auch die Politikformen und Strategien der AfD im regionalen Vergleich: Während die Partei in Sachsen kaum Berührungsängste mit NPD und Pegida zeigt, bemühte sich die AfD in Berlin um die Teilnahme an einem bezirklichen »Fest für Demokratie und Toleranz«, das sich traditionell gegen rechtsextreme Bestrebungen im Kiez richtet.

Dass sich die AfD in einigen Ländern und Regionen anders darstellt als auf Bundesebene, erschwert auch für die Parteien den Umgang mit ihr. Auf Bundesebene sind sie zwar meist um eine öffentliche Distanz zur AfD bemüht, indes finden sich auf Landesebene bereits Beispiele einer Annäherung. Doch vor allem auf kommunalpolitischer Ebene wird die Abgrenzung oft kaum mehr aufrechterhalten. Das liegt zum einen an einer sozialräumlichen und/oder kulturellen Nähe, die mitunter eine politische Distanz erschwert, zum anderen an einer mangelhaften Argumentation, die nicht in der Lage ist, politische Unterschiede inhaltlich und programmatisch klar und nachvollziehbar zu benennen.

- **Die Auseinandersetzung mit der AfD sollte so konkret wie möglich ausfallen und die regionalen Besonderheiten in der Analyse und der Entwicklung von Handlungsstrategien berücksichtigen. Insbesondere regionale Fachrunden, an denen Politiker_innen, Engagierte, Expert_innen der Mobilen Beratungsarbeit und Wissenschaftler_innen teilnehmen, sind empfehlenswert.**

- **Parteien und Verbände sollten Materialien und Fortbildungen entwickeln, die auf die regional spezifischen Bedingungen und Bedürfnisse angepasst sind und gleichzeitig Erfahrungen aus anderen Ländern einbeziehen. Den Erfahrungstransfer aus anderen Bundesländern könnten z.B. die politischen Stiftungen leisten.**

- **Die öffentliche Thematisierung von demokratiefeindlichen, sozialchauvinistischen oder rassistischen Positionen kann dazu beitragen, den demokratischen Anspruch der AfD infrage zu stellen.**

NEUE BÜNDNISSE SCHLIESSEN

Im Zuge der inhaltlichen Auseinandersetzungen mit der AfD könnten auch neue Allianzen gebildet werden, die sich an den Themen der AfD orientieren.

Wenn die AfD im Zuge der Euro-Krise beispielsweise gegen Griechenland und seine Bürger_innen hetzt, kann dies zum Anlass genommen werden, griechische Vereine anzusprechen. Wo sich die AfD für die häusliche Beschulung von Kindern einsetzt, könnte die GEW eine wichtige Partnerin sein. Und wo die AfD Hetzkampagnen führt, die sich gegen sexuelle Vielfalt richten, könnten sowohl LSBTTIQ-Organisationen als auch Elternvertretungen oder progressive Lehrer_innen wichtige Partner_innen sein. Auch können die Kirchen einem evangelikalen Fundamentalismus kompetenter begegnen als die Gewerkschaften, deren vorrangige Kompetenz es wiederum wäre, für eine soziale Alternative zur gegenwärtigen Bearbeitung der Euro-Krise zu streiten usw. Solche Allianzen können auch proaktiv ei-

gene Anlässe schaffen, um die Auseinandersetzung zu forcieren. Aktionen der Solidarität mit Geflüchteten können z.B. als Gegenentwurf zur Ökonomisierung des Sozialen, für die die AfD steht, eine demokratische Perspektive stärken.

- **Jede Institution und jede Organisation sollte ihren jeweiligen Ressourcen, ihren Stärken und ihrer gesellschaftlichen Position entsprechend einen eigenen Zugang finden. Die Auseinandersetzung ist vor allem dann effektiv, wenn sie jeweils aus der Position der eigenen Stärke und Expertise geführt wird.**

- **Die Herausforderung besteht darin, unterschiedliche Zugänge zur Politik der AfD in konkreten Projekten zusammenzuführen und so Handlungsmacht zu erzeugen.**

- **Für die Entwicklung neuer Allianzen ist es wichtig, für alle zugängliche Orte sowie angemessene Formen der Kooperation und der Ansprache zu finden.**

AUSEINANDER-SETZUNG BRAUCHT POSITIONEN

Das Problem ist nicht allein die AfD. Das eigentliche Problem ist das Milieu mit den dort vorherrschenden Einstellungen und Deutungen, das die AfD derzeit bindet, sowie die gesellschaftliche Verschiebung von Kräfteverhältnissen, für die sie steht. Die Auseinandersetzung mit der AfD müsste daher einhergehen mit der Verständigung über die eigenen Positionen und mit einer Stärkung der eigenen Inhalte. Mit dieser Erweiterung geht allerdings auch eine Erweiterung der Problemstellung einher: So schwierig es mitunter ist, aufseiten der AfD das eigentlich Problematische, Anti-Demokratische und Diskriminierende herauszustellen, so schwer fällt es oft, die eigenen Positionen und ihren demokratischen Gehalt zu bestimmen. Was ist eigentlich »die Mitte der Gesellschaft«, die einerseits von fast allen Parteien beansprucht wird, aus der andererseits aber auch Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus erwachsen? Und was bedeuten die Begriffe, die in der Auseinandersetzung mit der AfD in Stellung gebracht werden: Demokratie, Europa, Menschenrechte, Teilhabe, Toleranz, interkulturelle Öffnung usw.?

Der Verlust an inhaltlicher Substanz, den diese Begriffe erlitten haben, hat der AfD das Feld bereitet, auf dem ihr nun mit »entleerte[r] Ächtung«[11] begegnet wird.

Rhetorik und Ideologie der Mitte sind wichtige Bedingungen für den Erfolg von Parteien wie der Alternative für Deutschland, die ja – wie der Großteil der Pegida-Anhänger_innen auch – behauptet, »nicht rechts und nicht links« zu sein. Der Bedeutungsverlust des politischen Rechts-Links-Koordinatensystems trug zur Stärkung rechter Politik und zur Delegitimierung ihrer Kritiker_innen bei.

Die »Herausforderung AfD« sollte für eine umfassende Auseinandersetzung gerade über das eigene Verständnis von Demokratie genutzt werden. Allerdings gilt es dabei, die großen Linien der Selbstverständigung und die Arbeit an Begriffen und Positionen mit den konkreten Kräfteverhältnissen und den Herausforderungen vor Ort zu verbinden.

1 Häusler, A.: »Die Alternative für Deutschland – eine neue rechtspopulistische Partei?«, Düsseldorf 2013, S. 93.
2 Berbuir, N./ Lewandowsky, M./ Siri, J.: »The AfD and its Sympathisers: Finally a Right-Wing Populist Movement in Germany?«, in: German Politics 2014, S. 1.
3 Friedrich, S.: »Der Aufstieg der AfD – Neokonservative Mobilmachung in Deutschland«, Berlin 2015, S. 89.
4 »Alternative für Deutschland: Eine Alternative zur Demokratie?«, Interview mit Andreas Kemper auf: www.heise.de/tp/artikel /39/39244/1.html, 2013 (Aufruf am 01.06.2015)
5 Decker, O./ Kiess, J./ Brähler, E.: »Die stabilisierte Mitte - Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014«, Leipzig 2014, S. 34.
6 Mathes, Werner: »Wer die AfD wählt«, auf: www.stern.de/politik/deutschland/forsa-analyse-wer-die-afd-waehlt-2115316.html, 2013. (Aufruf am 01.06.2015)
7 Behrendt, H. auf: www.mandative-demokratie.de. (Aufruf am 01.06.2015)
8 Behrendt, H.: »Die mandative Demokratie – eine Realutopie«, Düsseldorf 2011, S.124.
9 Adam, K.: »Wer soll wählen?«, in; DIE WELT, 16.10.2006, Berlin.
10 Vaubel, R.: »Der Schutz der Leistungseliten in der Demokratie«, auf: www.wirtschaftlichefreiheit.de/wordpress/?p=17, 2007. (Aufruf am 01.06.2015)
11 Henssler, V., Overdieck, U.: »Vor Ort entscheidet – Kommunale Strategien gegen Rechtsextremismus«, Berlin 2014, S.14.

Herausgeber_innen Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V. und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR), Chausseestraße 29, 10115 Berlin, Telefon: 030 240 45 430, Fax: 030 240 45 319, info@mbr-berlin.de, www.mbr-berlin.de
V.I.S.D.P. Bianca Klose
Redaktion Sebastian Wehrhahn, Mathias Wörsching, Bianca Klose, Ulf Bünermann, Judith Heinmüller
Lektorat Frank Engster **Layout** Novamondo **Bildnachweis** Theo Schneider
Die MBR ist ein Projekt des »Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e.V.« (VDK) und wird gefördert im Rahmen des Landesprogramms »Demokratie.Vielfalt.Respekt. In Berlin – Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus« der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen.
1. Auflage, 2015
Urheberrechtliche Hinweise © Copyright 2015 Verein für Demokratische Kultur in Berlin – Initiative für urbane Demokratieentwicklung (VDK) e.V. und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR). Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nicht-kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgeber_innen behält sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Herausgeber_innen gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.
Haftungsausschluss Die Hinweise in dieser Broschüre wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Diese Handreichung ersetzt keine individuelle (juristische) Beratung. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernehmen die Herausgeber_innen keine Gewähr.